

JungsozialistInnen Schweiz

**FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT
UND SOLIDARITÄT**

ENTWURF EINER NEUEN SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE, JUSO SCHWEIZ

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| EINLEITUNG | 1 |
| Wir leben in einer bürgerlichen Scheindemokratie | 1 |
| Sozialistische Demokratie – das System von morgen | 2 |
| Der Kampf um Demokratie..... | 3 |
| DEMOKRATIE IN DER POLITIK | 4 |
| Ausbau der Volksrechte | 4 |
| Demokratische Politik statt Ausverkauf | 5 |
| Eine neue politische Landschaft | 5 |
| DEMOKRATIE IN DER WIRTSCHAFT | 7 |
| Für ein neues Wirtschaftssystem – für eine partizipative Demokratie | 7 |
| Demokratie bei der Ressourcenverteilung..... | 8 |
| Demokratie am Arbeitsplatz! | 8 |
| Demokratisierung des Finanz- und Versicherungssystems..... | 9 |
| Rückverteilung: Weil Wohlstand uns allen gehört! | 9 |
| DEMOKRATIE IN DER GESELLSCHAFT | 11 |
| Selbstbestimmtes Leben: Gleichberechtigung für alle Menschen! | 11 |
| Öffentlicher Raum – unser Raum!..... | 11 |
| Emanzipation und Demokratie in der Bildung! | 12 |
| Volksschulen stärken!..... | 12 |
| Politische Bildung und Mitsprache!..... | 13 |
| Chancengleichheit im dualen Bildungssystem | 13 |
| Keine Fremdfinanzierung der Bildung!..... | 13 |
| Elitestrukturen überwinden! Wichtige Entscheide gemeinsam treffen! | 13 |
| Keine privaten Parallelstrukturen! | 13 |
| Schlusswort..... | 14 |

Für die GL der JUSO Schweiz

Nicolas Buntschu, Seraina Fürer, Meret Herger, Mattea Meyer, Kristina Schüpbach, Florian Sieber, David Roth, Jonas Zürcher

EINLEITUNG

Wir leben in einer bürgerlichen Scheindemokratie

Demokratie bezeichnet im wörtlichen Sinne die Herrschaft (kratia) des Volkes (demos) und meint, dass die Macht in den Händen aller Menschen liegt. Von einer solchen Demokratie sind wir weit entfernt: Wir leben heute in einer Scheindemokratie, die nicht allen Menschen die Freiheit zur Mitbestimmung gibt, sondern diese nach wirtschaftlicher Stärke verteilt.

Mitspracherechte über unser Leben werden vom neoliberalen Allgemeinverstand verunmöglicht. So entzieht sie bewusst wichtige Bereiche unserer Gesellschaft - wie private Unternehmen, Ressourcen und Medien - der demokratischen Kontrolle und verhindert Mitbestimmung. Besonders deutlich werden die Mängel an demokratischen Prozessen in der Wirtschaft, die in ihrer Vormachtstellung die Politik dominiert. Das neoliberale Weltbild ist ein antidemokratisches: Wirtschaftliche Prozesse seien zu komplex, um eine demokratische Ausgestaltung möglich zu machen und Demokratie behindere die freie Entfaltung des Marktes. So sind zum Beispiel die Mitspracherechte in der Wirtschaft nicht an ein demokratisches Partizipationsrecht sondern an Besitz geknüpft: Ein Aktionär kauft sich seine Mitbestimmung in der Wirtschaft mit seinem Kapital.

Zwar berufen sich die Anhänger dieser neoliberalen Ideologie, im Ursprung auf „Freiheit“ und „Gleichheit“, doch die Begriffe werden nicht zu Ende gedacht. Sie sprechen von freien Menschen, die tun und lassen können, was sie wollen und verkennen dabei, dass die Freiheit des einen dort aufhört, wo die Freiheit des anderen beschnitten wird. Wenn die Freiheit darin besteht, dass ein Unternehmer sich die Freiheit nimmt, seinen Lohnabhängigen die Sozialleistungen zu kürzen, dann wird die Freiheit dieser Lohnabhängigen eingeschränkt. In diesem Fall kann der demokratisch legitimierte Staat als Institution eingreifen, worüber sich Unternehmer_innen meist heftig beklagen. Damit gerät der Unternehmer in eine paradoxe Situation: Auf der politischen Ebene kämpft er für mehr Freiheit, während er gleichzeitig diejenige seiner Arbeiter_innen zu beschneiden versucht. Hier ist der neoliberale Denkfehler am krassesten sichtbar. Es herrscht die Meinung, dass Freiheit mit wirtschaftlicher Freiheit gleichzusetzen ist. Die Marktradikalen ignorieren die Tatsache, dass die Arbeiter_innen von den Besitzenden abhängig sind. Denn frei ist nur, wer frei von ökonomischen Zwängen leben kann.

Ein weiterer Denkfehler findet sich in ihrer Auslegung von Gleichheit. Zwar sind die Marktradikalen zu Recht der Meinung, dass alle Menschen, ob schwarz oder weiss, Frau oder Mann - gleich sind. Doch schafft ihr Demokratieverständnis Ungleichheiten ökonomischer Natur, die extremer nicht sein könnten.

Die wirtschaftliche und finanzielle Machtkonzentration auf eine kleine privilegierte Minderheit ermöglicht dieser, die grosse Mehrheit von uns zu dominieren. Dabei ist nicht einmal die politische Demokratie gewährleistet, weil sie sich einerseits dem Diktat der Wirtschaft unterstellen muss und weil sie andererseits grosse Teile der Bevölkerung von politischen Rechten bewusst ausschliesst. Dieser Prozess wird durch die Globalisierung der Wirtschaft und das Verharren der Politik in den Nationalstaaten immer mehr verstärkt. Die grossen Aufgaben und Fragen der Zukunft können nicht einzelne Staaten lösen, dafür fehlt ihnen der politische Handlungsspielraum. Es braucht deshalb eine Globalisierung der Politik sowie eine Stärkung und Demokratisierung der internationalen Institutionen.

Die Schweizer Demokratie wird oft als Musterbeispiel der direkten Demokratie dargestellt und das Initiativ- und Referendumsrecht als die ultimative Macht des Volkes über Regierung und Parlament. Die JUSO verteidigt alle demokratischen Errungenschaften der Schweiz und nutzt deren Möglichkeiten im Kampf für eine sozialistische Zukunft. Wir sind uns aber auch der Grenzen dieser demokratischen Werkzeuge bewusst. Zudem ist auch der bürgerliche Parlamentarismus geprägt durch die Macht des Kapitals. Durch Parteienfinanzierung, mächtige Lobbyistengruppen und die bürgerlichen Medien können die Reichen und Mächtigen ihre Interessen meist vollumfänglich durchsetzen. Der Staat ist also keinesfalls

55 ein neutraler Vermittler zwischen verschiedenen Interessen, sondern in erster Linie ein Instrument der Besitzenden zur Verwaltung ihrer gemeinsamen Interessen und der Macht über die Mehrheit.

60 Doch wie geschieht diese Machtausübung einiger weniger über die grosse Mehrheit der Menschen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir Politik als eine Art Feld verstehen. Auf diesem Feld kämpfen verschiedenste Akteure um die Gestaltung der Gesellschaft nach ihren Ideen. Den Konservativen und Marktradikalen ist es gelungen dieses Feld zu dominieren. Alle anderen Akteure politisieren in An- oder Ableitung von ihnen. Ihre Deutung von Problemen, wurde schrittweise von allen anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren übernommen. Ihre Deutungsmuster haben die Deutungshoheit über das ganze Feld der politischen Auseinandersetzung erreicht. Sie können also diktieren, was Politik überhaupt kann und darf. Sie diktieren, anders ausgedrückt, für was Politik überhaupt zuständig ist. Die Rechte hat es geschafft, dass die SchweizerInnen politische Auseinandersetzungen als Konsequenz des Gegensatzes Schweizer–Ausländer oder Schweiz–EU deuten. Und eben nicht als Gegensatz von Arbeit und Kapital. Die Ängste der Menschen vor sozialer und ökonomischer Unsicherheit bündeln sie in einem Projekt zur Verteidigung "unserer Schweiz". Somit werden die durch den Neoliberalismus offenen Fragen und Ängste vermeintlich beantwortet und die Prinzipien der Eigenverantwortung und des Spiels "Alle gegen alle auf dem Markt" dringen immer tiefer in die Mitte unserer Gesellschaft vor. Unser Wirtschaftssystem wird damit zum Naturgesetz. So gründet das momentane Gesellschaftssystem denn auch auf dem Recht des Stärkeren und auf der Angst, zum Verlierer oder zur Verliererin dieses Wirtschaftssystems zu werden. Der Mitmensch wird zum Konkurrenten, mit dem ein gemeinsamer Kampf für Veränderung gar nicht möglich ist. In einem solchen Gesellschaftssystem kann eine Demokratie, die jedem Menschen die gleichen Freiheiten zugesteht, nicht funktionieren.

80 **Sozialistische Demokratie – das System von morgen**

Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht das Ende der Geschichte. Es liegt an uns, der Entwicklung mit einer Alternativen entgegenzutreten – der Alternative einer sozialistischen Demokratie als neue Gesellschaftsordnung. Denn Demokratie ist mehr als eine politische Entscheidungsfindung.

85 Sie ist die Idee einer Gesellschaft, in der Menschen nicht wegen ihrer Meinung, ihres Geschlechts oder ihrer sozialen Herkunft weniger Freiheiten haben als andere, sondern alle frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt sind. Jeder und jede soll sich frei entfalten können und gleichzeitig die Möglichkeit haben, die Gesellschaft mitzugestalten. Das bedeutet auch, dass kein Mensch von der Teilhabe ausgeschlossen werden kann, denn die Menschen tragen gemeinsam die Verantwortung für die Gesellschaft. Diese Demokratie ist mehr als ein rechtsstaatlicher Prozess, sie ist Gesellschaftsordnung und modernes Weltbild zugleich. So bedeutet Mitbestimmung nicht nur ein Recht, sondern auch Verantwortung: „Ohne mich ist das Schlimmste, was man sich und der Welt antun kann“, fasst der französische Philosoph Stéphane Hessel diese Verantwortung zusammen, die wir Solidarität nennen.

95 Wir verstehen Demokratie als umfassend und nennen sie deswegen sozialistische Demokratie: Nicht nur Politik soll durch freiheitliche Gerechtigkeitsprinzipien geprägt sein, sondern auch alle anderen Gesellschaftsbereiche. Die Menschen sollen im Rahmen der Menschenrechte und Grundfreiheiten über alle Lebensbereiche entscheiden können. Demokratie soll nicht nur in Form von Wahlen oder Abstimmungen und Initiativrecht stattfinden, sondern täglich in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Familie gelebt werden – also dort, wo gemeinsam gültige Entscheidungen getroffen werden müssen.

100 Weil eine sozialistische Demokratie alle Bereiche der Gesellschaft umfasst, hebt sie die Dominanz der wirtschaftlichen Privatinteressen auf und stellt an ihre Stelle die Interessen der Gemeinschaft.

105

Demokratie bedeutet zwar die dauerhafte, freiheitliche Mitbestimmung aller am gesellschaftlichen Prozess. Sie darf aber nie Tyrannei der Mehrheit über eine Minderheit bedeuten. Auch das Recht der Andersdenkenden ist Teil einer sozialistischen Demokratie und individuelle Freiheit ist unabdingbar für die soziale Gerechtigkeit. Volkssouveränität kann nie grenzenlos sein. So ist die rechtspopulistische Betonung der Volkssouveränität und Aushebelung allgemeiner Menschenrechte zutiefst demokratiefeindlich. Vielmehr müssen Menschenrechte zur Basis einer sozialistischen Demokratie werden, die auf der Menschenwürde und dem Recht auf Selbstbestimmung basieren. Deshalb sind wir gegen militärisch-humanitäre Interventionen, die nichts anderes bezwecken als die Verschleierung der Interessen derer, die uns ausbeuten. In diesem Sinne bekräftigen wir unseren strikten Widerstand gegen jede Form des Kriegs gegen Menschen.

Das Engagement für mehr Demokratie ist eng verbunden mit dem Engagement für die sozialistischen Ideale Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur in einer demokratisch gestalteten Gesellschaft können Ungleichheiten überwunden werden. Kämpfen wir also für den Sozialismus, müssen wir auch immer für eine echte Demokratie in der gesamten Gesellschaft kämpfen. Demokratisierung bedeutet stets Kampf für die Freiheit im Staat, der Gesellschaft und der Wirtschaft.

125 **Der Kampf um Demokratie**

Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Es ist eine andauernde Auseinandersetzung von sich widersprechenden Ideen, die in einem demokratischen Rahmen um eine Vormachtstellung kämpfen. Dieser demokratische Rahmen ist heute zu eng gefasst und umfasst längst nicht alle Bereiche der Gesellschaft. Trotzdem gibt uns der heutige Demokratieansatz die Möglichkeit eigene Themen zu setzen. So ist es unsere Aufgabe, im Kampf gegen die vorherrschende Meinung, unsere Ideen einer sozialistischen Demokratie zu verbreiten. Dabei geht es in diesem Konflikt um die Idee, wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen – also darum, ob wir eine Gesellschaft des Gegeneinanders oder des Miteinanders wollen. In diesem Konflikt von unvereinbaren Vorstellungen müssen wir eine gemeinsame Identität schaffen: Wir kämpfen für eine sozialistische Alternative zum vorherrschenden kapitalistischen System. Gegen uns stehen diese Menschen, die nicht die Freiheit des Menschen, sondern nur die Freiheit ihres Kapitals ins Zentrum stellen.

Daher ist es auch unsere Aufgabe, die unterschiedlichsten Menschen zusammenzubringen, die in irgendeiner Form zu den Verlierer_innen des bisherigen Systems gehören – sei es wegen des sozialen Status, der Herkunft, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts. Diese Demokratie vereint unterschiedliche Gruppen, die in einer breiteren gemeinsamen Bewegung einen demokratischen Widerstand gegen die Unterdrückung in den verschiedenen Bereichen formt. Statt dass die Mächtigen diese Gruppen gegeneinander ausspielen und die Bedürfnisse der einen auf Kosten der anderen befriedigen können, müssen diese Gruppen gemeinsam stehen. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung nimmt sich so der Demokratisierung an und bildet eine kollektive Identität, welche auf dem Grundpfeiler der sozialistischen Demokratie basiert und für den gesellschaftlichen Abbau von Herrschafts- und Machtverhältnissen einsteht, um allen Individuen ein selbstbestimmtes Leben garantieren zu können.

DEMOKRATIE IN DER POLITIK

155 Wir wollen ein politisches System, welches auf demokratischen Grundsätzen basiert und
160 allen die gleichen Rechte und Pflichten zugesteht. Durch mehr Mitsprache und
demokratische Teilnahme in der Politik werden unsere Rechte ausgebaut. Politik soll nach
dem demokratischen Prinzip «Ein Mensch - eine Stimme» funktionieren und diesem gerecht
werden. Um dies zu erreichen, müssen alle dieselben Möglichkeiten haben, sich in der
Politik zu engagieren oder Einfluss zu nehmen. Es dürfen keine Hindernisse wie
Benachteiligung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts oder den finanziellen
Möglichkeiten bestehen.

Ausbau der Volksrechte

165 Die Schweiz feiert sich gerne als Hort der Mitbestimmung. Sie ist aber längst nicht das
Modell der demokratischen Vollendung, denn demokratische Entscheide werden in der
Schweiz fast ausschliesslich von einer Minderheit gefällt.
170 Während 5'076'000 (65%) Einwohner_innen stimmberechtigt sind, bleiben 2'710'000 (35%)
ohne Stimmrecht. Bei einer Stimmbeteiligung von 50% reichen also bereits 17% der
Bevölkerung, um eine Abstimmung zu gewinnen und die stärkste Schweizer Partei hat bei
den Wahlen 2011 gerade mal 8% der Einwohner_innen dieses Landes für sich gewinnen
können. Es ist deshalb zwingend notwendig, mehr Menschen an der Demokratie zu
beteiligen.

175 Mitbestimmung ist ein Recht und eine Pflicht zugleich, die allen Menschen zusteht, die von
Entscheidungen betroffen sind. Dies bedeutet auch, dass alle Menschen mit Wohnsitz in der
Schweiz mitbestimmen können müssen. Ein starkes Signal für die Bevölkerung, dass die
Politik ihren Fähigkeiten vertraut, ist ausserdem der stärkere Einbezug der kommenden
180 Generation in den politischen Betrieb. Die Jugend als Zukunft unseres Landes soll nicht nur
mitreden können, sondern auch mitentscheiden. Wir fordern deshalb eine Herabsetzung des
Stimm- und Wahlrechtsalter auf 16 Jahre. Politische Verantwortung muss aber auch
wahrgenommen werden. Mitbestimmung der Bevölkerung ist deshalb gleichzeitig eine
185 Pflicht zur Befähigung der politischen Partizipation. Ein Ja oder Nein bei einer Abstimmung
ist nur so qualitativ, wie die Überzeugung und das Verständnis der Abstimmungsvorlage
und ihrer Folgen ist. Ein Ausbau der Mitbestimmung muss in diesem Sinne zwingend mit
einer verstärkten politischen Bildung Hand in Hand gehen, um die demokratischen
Entscheide in ihrer Qualität zu stärken. Die Einführung von E-Voting ist eine sinnvolle
190 Konsequenz, wenn es darum geht, die Hürden einer Beteiligung abzubauen und möglichst
viele Menschen am demokratischen Prozess zu beteiligen. Die Möglichkeit elektronischer
Unterschriftensammlungen soll eingeführt werden, damit eine politische Idee ohne den
enormen finanziellen und organisatorischem Aufwand in den Entscheidungsprozess
einfließen kann.

195 Unsere Volksrechte können aber auch noch weiter ausgebaut werden: Einzelne Gemeinden
und Kantone leben bereits vor, wie weitreichende Rechte aussehen könnten.
Stimmbeteiligte sollen nicht nur via Petition als Bittsteller_innen an Regierung und Parlament
herantreten, sondern über Volksmotionen ihre Anliegen auch direkt in die parlamentarische
Arbeit einbringen können. Ein konstruktives Volksreferendum soll den Stimmberechtigten
200 zudem grössere Gestaltungsmöglichkeiten geben, anstatt zu einer Vorlage nur Ja oder Nein
sagen zu können. Nicht zuletzt gibt es gerade in der Schweiz aber auch viele global tätige
Unternehmen, die grossen Einfluss auf das Leben von Arbeiter_innen haben, ohne dass
diese mitbestimmen können. Dieses Fehlen einer globalen Demokratie muss sich ändern.
Hier kommt grenzüberschreitenden sozialen Bewegungen eine besondere Rolle zu. Nicht
nur für die Demokratisierung von unten, sondern auch für eine gerechtere Welt.

Demokratische Politik statt Ausverkauf

Das Schweizer Politsystem basiert bereits seit Jahren immer weniger auf demokratischen Werten, sondern hat sich zunehmend zu einer Herrschaft der Vermögenden entwickelt. Die Wirtschaft und die Reichen können sich immer häufiger politische Entscheidungen erkaufen. Bis auf die gesetzlich festgelegten Fraktionsbeiträge erhalten die Schweizer Parteien heute keine finanzielle Unterstützung des Staates. Die Wirtschaftsspitze findet deshalb in den bürgerlichen Parteien, die immer wieder bereitwillig ihre politischen Einflussmöglichkeiten an den Meistbietenden verschachern, dankbare Abnehmerinnen für ihre Millionen. Dadurch dass viele bürgerliche Politiker_innen aus Wirtschaftskreisen stammen, partizipiert die Wirtschaftselite direkt an der politischen Macht.

Die Intransparenz bei der Parteien-, Komitee- oder Politiker_innenfinanzierung fördert die Entwicklung der Politik zu einem exklusiven Tätigkeitsfeld für eine kleine Wirtschaftselite. Zudem wird die freie Meinungsbildung durch die Verstrickung von Kapitalinteressen und Politik untergraben.

Wer es bis zum Kantonsrat oder zur Nationalrätin geschafft hat, erhält eine relativ umfassende Entschädigung. Der Grossteil der politisch aktiven Menschen kommt jedoch nicht in diesen Genuss, sondern leistet freiwilliges Engagement. Wer nicht genügend Mittel hat, wird von der engagierten und zeitintensiven politischen Beteiligung ausgeschlossen. Wenn ein politisches Engagement mit der Arbeitszeit nicht vereinbar ist, schränkt die Wirtschaft die politische Beteiligung ein. Aktiv ist besonders, wer gut bis sehr gut ausgebildet ist, und wer seine Arbeitszeit frei einteilen kann. Dies ist eine massive Benachteiligung und führt zu einer ungerechten Chancenverteilung in der politischen Beteiligung aufgrund ökonomischer Kriterien.

Um eine unabhängige Politik zu ermöglichen, sollen die Parteien mittels festen Parteibeiträgen und abhängig von der Anzahl Mandatsträger_innen staatlich finanziert werden.

Um die Verstrickungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite zu durchbrechen, braucht es erst Gesetze, welche die Beziehungsnetze durchleuchten. Eine Offenlegungspflicht der Finanzierung (inkl. Spesen und Sachzuwendungen) von Parteien, Abstimmungs- und Wahlkomitees, aber auch von einzelnen Politiker_innen ist eine Voraussetzung für die freie Meinungsbildung. Ergänzend dazu braucht es eine Obergrenze für Partei- und Komiteespenden. Dieser Betrag muss so stark eingegrenzt sein, dass ihn auch Normalverdienende aufbringen können. Mandatsbeiträge müssen dem Zeitaufwand eines politischen Mandats gerecht werden und anfallende Lohnausfälle decken, auch auf kommunaler und kantonaler Ebene.

Eine neue politische Landschaft

Die heutige territoriale Aufteilung der Schweiz und die daraus abgeleitete politische Konstituierung unserer nationalen Räte sind veraltet.

Immer mehr Entscheidungen müssen über Gemeinde- oder Kantonsgrenzen hinweg gefällt werden. Die politischen Körperschaften sind zu klein, um die Anforderungen, die an sie gestellt werden, bewältigen zu können. Weil politische Geschäfte komplexer werden und über Gemeindegrenzen hinausgehen, führt dies zu einer immer grösseren abschliessenden Entscheidungsgewalt der Exekutiven. Diese lagern zudem häufig grenzüberschreitende Aufgaben wie Mobilität, Abfallentsorgung und Raumplanung an undemokratische, (halb-)private Zweckverbände aus. So erfolgt die politische Kontrolle meist nur noch durch die Exekutive, was die parlamentarische und direktdemokratische Mitwirkung massiv einschränkt. Um dieses Problem zu beheben, müssen unsere Wahl- und Abstimmungskreise flexibler gestaltet werden. Das bedeutet, dass Abstimmungen nicht mehr nur in einzelnen Gemeinden, sondern in den jeweils von Entscheidungen betroffenen Gebieten durchgeführt werden sollen. Dies kann jeweils mehrere Gemeinden oder sogar mehrere Kantone umfassen. Einige Kantonsgrenzen zu überdenken und Fusionen der kleinsten Kantone zu fördern würde es so etwa erlauben, die geografischen Gebiete mit der entsprechenden politischen Entscheidungsebene in Einklang zu bringen. Auf

zwischenkommunaler Ebene kann die Fusion gewisser Gemeinden zweckmässig sein, wenn damit erreicht wird, dass die Reichweite der politischen Entscheide mit den betroffenen Institutionen übereinstimmt.

260 Es ist jedoch nicht unmöglich, sich auch weitere institutionelle Ebenen vorzustellen. Eine Reihe von Ländern in Europa hat vier und nicht nur drei politische Ebenen. Das demografische Wachstum zum Beispiel findet vor allem in den Agglomerationen statt. Die Gründung von gewählten Versammlungen auf der Ebene einer Agglomeration kann verhindern, dass Entscheidungen durch bürokratische Strukturen oder durch Exekutiven den Menschen entzogen werden.

265 Die ursprüngliche Funktion des Ständemehrs und des Ständerates als ausgleichende Kräfte zwischen protestantischen und katholischen Kantonen und Sprachregionen hat sich zu einer ungerechtfertigten Bevorzugung von ländlichen Kantonen gewandelt. Muss das Ständemehr erreicht werden, ist die Stimme eines Appenzell-Innerrhoders 41mal mehr Wert
270 als die einer Zürcherin, was klar dem demokratischen Grundprinzip «Ein Mensch- eine Stimme» widerspricht. Es soll deshalb abgeschafft werden.

275 Eine kleine Kammer, wie es heute der Ständerat ist, macht grundsätzlich Sinn. Die verschiedenen Geschäfte werden so jeweils zweimal diskutiert und es werden unterschiedliche Gesichtspunkte einer Vorlage beleuchtet. Durch das Differenzbereinigungsverfahren wird sichergestellt, dass die von beiden Kammern beschlossene Lösung politische weitherum tragbar ist. Die beiden Kammern kontrollieren sich gegenseitig und haben das gleiche politische Gewicht („checks and balances“). Die kleine Kammer muss jedoch anders zusammengesetzt sein als heute. Die krasse Übervertretung kleiner Kantone und deren Stimmbürger_innen im Ständerat soll behoben
280 werden, um unserer Demokratie und dem Prinzip „ein Mensch-eine Stimme“ gerecht zu werden. Jeder (Voll-)Kanton soll zwei Ständeratssitze bestellen können. Die fünfzehn grössten Städte sollen je einen weiteren Ständeratssitz bestellen können. Kantone mit den drei Sprachminderheiten Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sollen je einen weiteren Ständeratssitz pro Sprachminderheit besetzen. So gelingt es, das heutige
285 Ungleichgewicht der Kantonsvertretungen stark zu reduzieren, und den Ständerat um die Interessen der Sprachgruppen und Städte besser vertreten zu wissen.

290 Volksinitiativen müssen vor deren Sammelstart auf ihre juristische Umsetzbarkeit und Konformität mit der Europäischen Menschenrechtskonventionen überprüft werden. Dadurch kann gewährleistet werden, dass ungültige Volksinitiativen schon vor der Lancierung angepasst werden. So verhindert man die Einreichung von völkerrechtswidrigen - und damit nicht umsetzbaren Initiativen.

295 Der Bundesrat hat mittels Notrecht die Möglichkeit, die demokratischen Mittel auszuhebeln, um seine Interessen durchzusetzen. Das Notrecht, welches beispielsweise bei den US-Staatsverträgen oder der UBS-Rettung zur Anwendung kam, ist einzuschränken. Für Notfallsituationen ist das Parlament verantwortlich.

300

DEMOKRATIE IN DER WIRTSCHAFT**Für ein neues Wirtschaftssystem – für eine partizipative Demokratie**

- Es herrscht die fehlgeleitete Ansicht, dass die kapitalistische Wirtschaftsform naturgegeben, daher allgemein gültig sei und es deshalb keine Alternative dazu geben könne. So werden
- 305 vielfach Grundannahmen der kapitalistischen Wirtschaftslogik unhinterfragt angenommen:
1. Als Wirtschaft wird der Akt verstanden, in dem Geld den Besitzer wechselt, 2. die
Marktmechanismen liegen ausserhalb des menschlichen Verstandes und müssen deshalb
sich selbst überlassen werden, 3. Der Mensch ist ein nutzenmaximierendes
Vernunftswesen, das nur in seinen eigenen Interessen handelt, was dann allen
310 zugutekommt, 4. Wachstum ist zwingend und gut und kommt automatisch allen zu Gute.
Diese Grundannahmen erschweren es, sich andere Formen von Wirtschaft überhaupt
vorzustellen – eine Wirtschaft, die nicht Profitmaximierung und Wachstum, sondern die
Bedürfnisse aller Menschen ins Zentrum stellt.
- 315 In den letzten Jahrzehnten haben sich gigantische international agierende Unternehmen,
sogenannte ‚global players‘ herausgebildet. Davon machen einige grössere Umsätze als
ganze Nationalstaaten. Durch die extreme Akkumulation von Marktmacht können sie die
Konkurrenz ausschalten und eine Monopolstellung erlangen, die ihnen weit höhere
320 Profitraten garantiert, als dies unter Wettbewerbsbedingungen der Fall wäre. Natürliche
Monopole, wie beispielsweise das Stromnetz, sind privatisiert worden. Die durch die
Monopolstellung entstandene Marktmacht einzelner Riesenkonzerne ist politisch kaum mehr
kontrollierbar. Die Konzentration von Wirtschaftsmacht in privaten Händen untergräbt die
Demokratie und führt dazu, dass im kapitalistischen System einige wenige masslos
profitieren, während der weitaus grössere Teil der Menschen ausgebeutet wird.
- 325 Es herrscht die Vorstellung, dass die Bedürfnisse der Wirtschaftswelt vor demokratischer
Mitbestimmung stehen müssen. Der Einfluss, den die Besitzenden und ihre Unternehmen
auf die Politik haben, ist enorm. Die extreme Intransparenz in der Schweizer Politik
ermöglicht es den Abzocker_innen, die bürgerlichen Politiker_innen zu Vollzugsgehilfen ihrer
Interessensdurchsetzung zu machen.
- 330 So bestehen für Lohnabhängige nahezu keine Mitbestimmungsmöglichkeiten. Es gibt weder
Betriebsräte noch vergleichbare vom Staat garantierte Strukturen, die ihnen
Einflussmöglichkeiten darüber einräumen, wie in unserer Gesellschaft Werte produziert
werden. Gegenwärtig gibt es nur zwei Möglichkeiten, die Wirtschaft mit zu gestalten:
335 Entweder über den Besitz von produktivem Eigentum (Boden, Industriemaschinen, etc.)
oder über den Besitz von Kapital, welches beispielsweise für den Kauf von Aktien
verwendet wird. Das Recht auf Mitbestimmung in der Wirtschaft wird durch Besitz erkaufte.
Die Situation hat sich in den letzten Jahren nochmals verschärft. So wird die
Sozialpartnerschaft ausgehöhlt und der soziale Frieden wurde einseitig von den
Bürgerlichen aufgekündigt. Diese Lage lässt sich mit einem Zitat des Multimilliardärs Warren
340 Buffet auf den Punkt bringen: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse,
die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Dieser Klassenkampf von oben
drückt sich in vielen Bereichen aus. So versuchen die Wirtschaftselite und ihre
Politikerfreund_innen erfolgreich, die Sozialwerke auszuhöhlen, trotz Gewinnen
Massenentlassungen vorzunehmen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.
- 345 Wir aber wissen: Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist weder naturgegeben noch für alle
Zeiten in Stein gemeisselt. Es liegt an uns, die kapitalistische Logik zu entwerfen und ihr
eine Alternative entgegenzustellen – eine partizipative Wirtschaftsdemokratie, die das
vermeintlich grenzenlose Wirtschaftswachstum ablehnt und sich an den Menschen
350 orientiert: Alle sollen sich an den täglichen Entscheidungen über die Form unseres
Wirtschaftens beteiligen.

Demokratie bei der Ressourcenverteilung

Inhalt jeder Wirtschaftsform ist der Austausch von Gütern. Dabei spielen materielle Ressourcen eine zentrale Rolle. Kein Stuhl kann produziert werden, wenn man kein Holz und keine Werkzeuge dafür hat. Diese Ressourcen sind heute meist nicht allen zugänglich, sondern im Besitz einiger weniger, die damit Profit machen. Eine demokratische Kontrolle und Verteilung fehlt vollkommen.

Die zunehmenden Privatisierungen haben zudem zur Folge, dass nicht mehr der Staat die Verteilung und den Zugang zu den Ressourcen steuern und kontrollieren kann, sondern dies in den Händen von gewinnorientierten Privaten liegt. Ergebnis dieser Besitzverhältnisse ist, dass nur jene, die es sich leisten können, überhaupt Zugang zu lebensnotwendigen Gütern haben. So werden heute beispielsweise Wasserquellen, Strom, das Bahnnetz oder auch Boden privatisiert, der demokratischen Kontrolle entzogen und für Spekulation missbraucht. Der Privatbesitz an den natürlichen Ressourcen verursacht riesige Probleme auf dieser Welt. Rohstoffreiche Nationen profitieren oft kaum von ihrem Reichtum, da sich die mächtigen Rohstoffkonzerne durch raffinierte Firmenstrukturen, Tochtergesellschaften und Briefkastenfirmen in Steueroasen alles in die eigene Tasche stecken können und kaum Steuern bezahlen müssen. Ausserdem ist auch die Profitlogik dieser Firm für die Umwelt dieser Länder eine Katastrophe.

Der Privatbesitz an Ressourcen und Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen, Boden usw.) ordnet sämtliche wirtschaftliche Tätigkeiten den Interessen einer kleinen besitzenden Minderheit unter. Wir sehen darin die Ursache für Ausbeutung, Hunger und Krieg. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der ganzen Weltbevölkerung hängt von der Veränderung dieser Besitzverhältnisse ab. Wir brauchen deshalb eine Wirtschaft, welche nicht für den Profit sondern für die Bedürfnisse aller produziert. Eine Alternative zur heutigen Ressourcenverteilung ist, dass die materiellen Ressourcen dem demokratischen Staat gehören, sodass alle über den Umgang mit ihnen entscheiden können. Es gibt gewisse Güter, bei denen es sinnvoll ist, wenn der demokratische Staat über die Verwendung und den Umgang entscheidet. Dies betrifft vor allem elementare Güter wie Wasser und Luft, aber auch seltene Güter, die für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung sind. Die übrigen Güter sollen unter demokratischer Aufsicht bewirtschaftet werden.

Wir stehen für die Demokratisierung der Wirtschaft unter Kontrolle der jeweiligen Belegschaft der Betriebe, den Gewerkschaften und dem Staat ein. Wir stellen der Anarchie des Marktes und der Diktatur der Besitzenden die sozialistische Demokratie entgegen. Wir wollen über unser Schicksal selbst bestimmen.

Demokratie am Arbeitsplatz!

Doch auch am Arbeitsplatz, wo häufig prekäre Arbeitsbedingungen herrschen, wird die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Wirtschaft überdeutlich. Die finanzielle Situation der meisten Menschen hängt direkt vom Lohn ab. Dieser steht heute aber unter massivem Druck. Seit Jahrzehnten stagnieren die Löhne, während die Produktivität stark zugenommen hat. Die Arbeitszeiten werden erhöht, das Rentenalter angehoben und Lohndumping betrieben. Kurz gesagt: die meisten Leute werden nicht gerecht bezahlt und um ihre Lohnanteile „betrogen“. Kapital- und Unternehmensgewinne sind demgegenüber seit den 80iger Jahren massiv gestiegen, während die Steuern auf dieselben ständig gesenkt wurden. .

In einer partizipativen Wirtschaftsdemokratie können sich die Menschen in die Wirtschafts-Prozesse einbringen, die sie betreffen. So soll in einer Firma allen dasselbe Mitspracherecht eingeräumt werden, denn Entscheidungen, welche die Produktion betreffen, müssen unmittelbar an der Basis dieser Produktion getroffen werden: bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie entscheiden, wie gewirtschaftet wird und wie Produktionsmittel eingesetzt werden.

Dieser Grundsatz „ein Mensch- eine Stimme“ stellt unser Gegenmodell zur Organisationsform der Aktiengesellschaft dar, welche denen mehr Mitsprache gewährt, die

mehr besitzen. Es gibt schon heute Genossenschaften und Kooperationen, bei welchen der erarbeitete Mehrwert allen zu Guten kommt. In vielen, vor allem grösseren Genossenschaften wie Coop und Migros, sind jedoch diejenigen, die in den Betrieben den Hauptanteil der Arbeit leisten, nur zu geringen Teilen in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

410

Es braucht deshalb eine staatlich geschützte Definition von Genossenschaft als Betriebsform, in der alle gleichermassen den Betrieb besitzen. Diese Betriebsform soll in Zukunft vom Staat stark gefördert werden. Zusätzlich kämpfen wir aber auch für gesetzliche Regulierungen um in den bestehenden Arbeitnehmer-Arbeitgeberverhältnissen für faire Löhne zu sorgen.

415

Für eine funktionierende demokratische Wirtschaft braucht es zudem die Mitbestimmung aller Beteiligten – das bedeutet Arbeitnehmer und Konsumentinnen sollen die Kontrolle ausüben.

Demokratisierung des Finanz- und Versicherungssystems

420

Die ursprüngliche Funktion des Finanzsystems Kredite an die Realwirtschaft zu vergeben um damit Investitionen und Wachstum anzuregen, ist längst verloren gegangen. Das Finanzsystem hat sich von der Realwirtschaft vollständig abgekoppelt, Wertsteigerungen haben oft keine wirtschaftliche Begründung mehr, sondern rein spekulative. Daraus ist eine riesige, ständig drohende Blase entstanden. Es werden absurd hohe Renditeansprüche generiert, die aus real produzierten Werten bedient werden müssen. Geschieht dies nicht, folgt die Krise. Die gewaltigen Kapitalüberschüsse müssten längst abgetragen werden, stattdessen werden Banken und andere Finanzakteure durch Steuermilliarden gerettet, ohne dass dies eine griffige Regulierung, geschweige denn Mitbestimmung zur Folge hatte.

425

430

Ganze Nationalstaaten hängen am Tropf von privaten Finanzinstituten und verlieren damit ihre Souveränität. Die Privatwirtschaft hat das Diktat über die Politik vollständig übernommen. Wichtige Faktoren, die unsere Wirtschaft massgeblich beeinflussen, wie Zinssatz und Wechselkurs, werden von Finanzmarktakteuren fremd bestimmt. Eine demokratische Mitbestimmung gibt es nicht.

435

Um eine Demokratisierung zu ermöglichen, muss das Finanzsystem deglobalisiert werden. Sogenannte ‚Systemrelevante Banken‘, Banken die aufgrund ihrer Grösse faktisch staatlichen Insolvenzschutz geniessen, müssen zerschlagen werden. Alle Finanzmarktakteure, darunter auch Rating-Agenturen und Hedgefonds gehören unter demokratische Kontrolle. Spekulative Finanzprodukte sind wirtschaftlicher Unsinn und müssen verboten werden.

440

Was wir brauchen ist eine einzige gesellschaftlich demokratisch kontrollierte Bank, welche transparent die Vermögen verwaltet und Kredite an Unternehmen gibt. So stellt das Finanzsystem auf lokaler Ebene die elementaren Dienste, nämlich Zahlungsverkehr, Kontoführung und Kreditvergabe an die Realwirtschaft, sicher.

445

Das gleiche gilt auch für die Versicherungen, welche die Bevölkerung vor den Risiken des Lebens schützen sollen. So sind Erwerbsausfallversicherungen, Arbeitslosenversicherungen, Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen sowie Versicherungen gegen andere Schicksalsschläge ein zentraler Bestandteil der sozialen Sicherheit und müssen deshalb für alle gewährleistet sein. Sie sind ein Grundrecht und dürfen deshalb nicht von Geld abhängig gemacht werden. Mit dem Unglück der Menschen darf kein Profit gemacht werden. Private Versicherungen müssen zugunsten einer staatlichen Versicherung abgeschafft werden.

450

455

Rückverteilung: Weil Wohlstand uns allen gehört!

Mit der Arbeit, die wir tagtäglich leisten, wird viel Gewinn gemacht. Dieser Gewinn fliesst aber nur zu einem kleinen Teil in die Taschen der Arbeitenden. Aufgrund von stagnierenden

460 und sogar sinkenden Löhnen, hohen Lebenserhaltungskosten, steigenden Mieten und
einem zunehmenden Abbau von Sozialleistungen bleibt vielen Arbeitsnehmenden am
Monatsende kaum mehr etwas im Portemonnaie. Heute ist eine massive Umverteilung von
unten nach oben im Gange. Das reichste Prozent der Menschen besitzt heute gleich viel wie
die restlichen 99% zusammen. Zwar bestehen gewisse Instrumente wie progressive Steuern
465 und Vermögenssteuern, welche diese Umverteilung mildern sollen. Diese greifen aber viel zu
kurz, insbesondere weil sie von bürgerlicher Seite laufend geschwächt werden: Die
Steuerprogression und die Vermögenssteuern sinken, ebenso die Erbschafts- und
Unternehmenssteuern. Der weiteren Bereicherung der Superreichen steht heute kaum
etwas entgegen.

470 Wir müssen mit einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen Gelder an
die Bevölkerung zurückverteilen. Auch mit der Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer
und einer Transaktionssteuer wird Geld wieder in den realwirtschaftlichen
Wirtschaftskreislauf zurückgeführt und den Finanzmärkten entzogen. Nicht zuletzt müssen
die massiven Steuersenkungen bei den Unternehmen der letzten Jahre rückgängig gemacht
475 werden. Zudem soll der schweizweite Steuerwettbewerb und die Pauschalbesteuerung
abgeschafft werden. .

Es braucht aber in erster Linie Mittel, die Umverteilung von unten nach oben gar nicht erst
zu ermöglichen. Genossenschaften und Kooperationen bilden hierfür das beste Beispiel:
Der erarbeitete Mehrwert fliesst direkt an jene zurück, die ihn erarbeitet haben. Gleichzeitig
muss dieser aber mittels Steuern auch zurück an die Gesellschaft fließen, denn gewisse
480 Branchen können einen viel grösseren Mehrwert erarbeiten als andere Branchen oder als
Menschen, die Reproduktionsarbeit leisten.

Jegliche Wertpapiere sind von einem unabhängigen Gremium auf ihren
volkswirtschaftlichen Nutzen zu prüfen. Ist dieser nicht erbracht, werden sie nicht zum
Handel zugelassen, wie z.B. gewisse Formen von Derivaten. Denn diese Papiere
485 ermöglichen es den Reichen, an der Börse zu pokern ohne selbst zu arbeiten. Sie
produzieren damit Buchwerte, die gar noch nicht real erwirtschaftet worden sind und damit
nicht existieren, bei einem Börsencrash aber tausende Arbeitsplätze vernichten. Beides –
die Rückverteilung wie auch die Verhinderung der Umverteilung von unten nach oben –
ebnen den Weg zu einem faireren und demokratischeren Wirtschaftssystem.

490

DEMOKRATIE IN DER GESELLSCHAFT

495 In der heutigen Gesellschaft besteht zunehmend die Tendenz, öffentliche Bereiche oder die
gesellschaftliche Meinungsbildung der demokratischen Kontrolle zu entziehen – oder diese
zu einem Privileg der Elite zu machen. Bemühungen um Selbstbestimmung oder
Gleichstellung werden von jenen zunichte gemacht, die von den undemokratischen
gesellschaftlichen Zwängen profitieren. Die hier aufgeführten Aspekte sind Gegenstand
500 dieser Entdemokratisierung der Gesellschaft, die fortlaufend den Prozess der Spaltung der
Gesellschaft in eine kleine, reiche und mächtige Oberschicht und eine grosse,
verhältnismässig machtlose Mehrheit fördert.

Selbstbestimmtes Leben: Gleichberechtigung für alle Menschen!

Von einer Gleichberechtigung der Menschen sind wir weit entfernt: viele Menschen wird die
Selbstbestimmung verweigert, sie werden benachteiligt oder ausgegrenzt. Noch immer
505 werden Frauen beim Lohn und bei Beförderungen diskriminiert, und viele Männer
bekommen keine Teilzeitstellen. Homosexuelle Paare dürfen keine Kinder adoptieren und
Menschen mit ausländischem Namen haben es bei der Jobsuche wesentlich schwieriger.
Die Frage nach der Nationalität darf keinen Einfluss auf den einzelnen Menschen haben.
Solange noch Nationen wie heute existieren, wird das aber immer dazu missbraucht, um
510 Menschen verschiedener Herkunft gegeneinander auszuspielen. Darum müssen wir die Idee
der Nation kritisch hinterfragen.

Gleichberechtigung ist aber Teil einer Demokratie und Voraussetzung für soziale
Gerechtigkeit. Sie soll vom Staat garantiert werden. Nur wenn alle Menschen unabhängig
515 von sozialer und nationaler Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung als gleichwertig
anerkannt werden, ist für alle ein selbstbestimmtes Leben frei von Zwang und Normen
möglich.

Öffentlicher Raum – unser Raum!

Öffentlicher Raum gehört uns allen und muss für alle frei zugänglich sein. Da hier
520 verschiedene Bedürfnisse der Menschen aufeinandertreffen, entstehen Nutzungskonflikte.
Heute werden diese Nutzungskonflikte oftmals mit kommerziellen Überlegungen gelöst.
Was Profit bringt, hat auf öffentlichem Raum den Vorzug gegenüber nicht-profitorientierten
Aktivitäten. Kommerzielle Sammelbüros dürfen sich überall das Recht, Unterschriften zu
sammeln erkaufen, aber freiwillig engagierte Unterschriftensammler_innen werden
525 weggeschickt. Jedes Graffiti stört, eine Werbeflut ist völlig akzeptabel. Vielerorts darf auf
offener Strasse kein Alkohol getrunken werden, aber es stehen reihenweise Strassencafés
auf öffentlichem Raum. So wird der öffentliche Raum mehr und mehr dem Profit
unterworfen. Zwei Trends sind zudem besonders zu beobachten: Erstens wird von
bürgerlicher Seite immer mehr versucht, unerwünschte Personen wie Jugendliche oder
530 Strassenmusiker_innen von öffentlichen Plätzen fern zu halten. Zweitens wird auch die
Nutzung des öffentlichen Raums als Mittel zur politischen Partizipation und
Meinungsäusserung immer stärker reglementiert. Durch kostenpflichtige Bewilligungen
werden all jene, die sich dies nicht leisten können, faktisch von einem sehr wichtigen Teil
der freien Meinungsäusserung ausgeschlossen.

535 Nutzungskonflikte werden immer vorhanden sein. Doch sollen sie nicht weiter unter
Abwägung der Interessen des Geldes, sondern unter Berücksichtigung der Interessen der
Menschen gelöst werden. Der öffentliche Raum soll wieder allen zu Gute kommen, nicht nur
jenen, die ihn bezahlen können. Wir fordern einen öffentlichen Raum, der den Bedürfnissen
540 der Menschen gerecht wird und von allen gleichermassen und nebeneinander genutzt
werden kann. Wegweisungen von Jugendlichen oder Randständigen sowie unnötige,
freiheitseinschränkende Verbote sind nicht gerechtfertigt. Die Nutzung des öffentlichen
Raums zur freien Meinungsbildung ist für eine Demokratie elementar. Statt der oft teuren
Bewilligungspflicht soll eine neue kostenlose und unkomplizierte Bewilligungspflicht für

545 politische Nutzungsformen eingeführt werden. Jeder und jede soll Anrecht auf eine Bewilligung haben, sofern genügend Platz vorhanden ist. Nutzungskonflikte müssen durch demokratisch gewählte Organe gelöst werden. Aufgabe der Polizei darf einzig sein, diese Entscheide mittels einer Bewilligungserteilung auszuführen.

550 Wir fordern zudem eine bessere Partizipation bei der Raumgestaltung. Zwar gibt es verschiedenste Mitbestimmungs- und Anhörungsrechte, vor allem durch Verbände und Organisationen, doch wissen die meisten Leute kaum davon. Will man die Gestaltung des öffentlichen Raumes mehr Menschen zugänglich machen, so braucht es mehr Informationen für die breite Bevölkerung.

555 **Emanzipation und Demokratie in der Bildung!**

Die eigenständige Bildung spielt in allen demokratischen Systemen eine besondere Rolle, weil sie für die Menschen Voraussetzung dafür ist, die bestehenden Verhältnisse zu verstehen und sich an den demokratischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Sie ist wesentlich für die gesellschaftliche Emanzipation, weshalb staatliche Lehrpläne frei von wirtschaftlichen Interessen, religiösen Weltbildern und demokratiefeindlichen Ideologien sein müssen. Eine Gesellschaft von gleichberechtigten Menschen setzt die Chancengleichheit und Emanzipation in der Erziehung voraus. Nicht alle Kinder starten mit demselben Hintergrund und denselben Bedürfnissen in ihre erzieherische Laufbahn. Daher ist es nicht gerechtfertigt, von allen dieselbe schulische und finanzielle Leistung zu erwarten. Im Gegenteil: Jede und jeder muss frei von materiellen, finanziellen oder anderen äusseren Voraussetzungen gleichen Zugang und Anrecht auf eine ausreichende Bildung haben und muss in seinen oder ihren individuellen Begabungen und Bedürfnissen unterstützt und gefördert werden. Ziel einer Erziehung ist es, jedem Menschen eine emanzipatorische Bildung nach seinen Neigungen und Fähigkeiten zu ermöglichen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei Ganztageschulen, Frühförderungen, Hochschulen und Weiterbildungen. Das Bildungswesen ist Sache des Staates und soll demzufolge unentgeltlich sein.

Volksschulen stärken!

Die Tendenz, die eigenen Kinder bereits im Primarschulalter in eine Privatschule zu schicken, nimmt – insbesondere in der Oberschicht – zu. Insbesondere in einer Zeit, in welcher Ober- und Unterschicht immer weiter auseinanderdriften, entstehen immer mehr kostspielige Privatschulen, um die Kinder aus der Oberschicht schon möglichst früh vom Rest der Gesellschaft abzuschotten und ihnen eine bessere Bildung zukommen zu lassen als allen anderen. Privatschulen haben eine weite Gestaltungsfreiheit in ihrem Unterricht und müssen nur die Lehrpläne befolgen. Zudem sind sie oft kulturell oder religiös geprägt. Resultat der Privatisierung ist eine massive Ungerechtigkeit in der Bildung und eine ungerechtfertigte Abwertung der Volksschule.

Privatschulen dürfen keine staatliche Unterstützung erhalten. Die demokratisch legitimierten Volksschulen müssen wieder gestärkt werden, denn sie ist – über den Familienverband hinaus – ein zentraler gesellschaftlicher Integrationsfaktor und bildet damit die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration. Doch auch die demokratische Mitbestimmung spielt bei den Schulen eine wichtige Rolle. In der Volksschule haben die Stimmbürger_innen ein demokratisches Mitspracherecht, welches bei den Privatschulen fehlt.

590 In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Trennung von Religion und Staat selbstverständlich. Dazu gehört, dass Religionen in Schulen – weder in privaten noch öffentlichen – nichts zu suchen haben, weil sie die freie Meinungsbildung beeinflussen. Religionsunterricht an den Schulen soll durch einen Ethikunterricht ersetzt werden. Dieser setzt sich wissenschaftlich mit Religionen und Weltanschauungen auseinander.

Politische Bildung und Mitsprache!

Es ist unter anderem Aufgabe der Bildungsstätten, mit politischer Bildung die Menschen zu einem Engagement in der demokratischen Gesellschaft zu befähigen und zu motivieren. Das heutige Bildungssystem in der Schweiz geht in dieser Hinsicht viel zu wenig weit.

600

Ein Grundverständnis von Demokratie und Politik muss aber bereits früh erlernt werden. Einerseits soll der politischen Bildung im Lehrplan auf allen Ebenen (Volksschule, Gymnasium, Berufsschule) deutlich mehr Platz eingeräumt werden, je nach Altersstufe als eigenes Fach oder als fächer- und themenübergreifendes Lernziel. Andererseits muss aber auch die Mitsprache und Mitbestimmung der Schüler_innen und Studierenden auf allen Stufen deutlich ausgebaut werden. Gesetzlich festgeschriebene Organisationsformen wie Schüler_innenräte und Studierendenschaften, aktive Mitsprache bei der Organisation und Gestaltung der Ausbildungsinstitution sind ideale Instrumente, Demokratie praktisch zu erlernen.

605

610 Chancengleichheit im dualen Bildungssystem

Auch in der beruflichen Ausbildung mangelt es an Mitbestimmung. Lernende sind häufig nicht dem GAV unterstellt und haben wenig Möglichkeit, sich einzubringen. Gerade weil Chancengleichheit für eine Demokratie unabdingbar ist, muss das duale System durchlässig sein – das bedeutet, dass Berufsmatura und Fachhochschulen für alle zugänglich sein müssen.

615

Keine Fremdfinanzierung der Bildung!

Obwohl Bildung eigentlich ein öffentliches Gemeingut ist, wird sie zunehmend ökonomisiert und privatisiert. Es ist äusserst problematisch, wenn Lehrstühle nicht nur von der Privatwirtschaft finanziert werden, sondern die geldgebenden Verbände oder Unternehmen auch versuchen, direkten Einfluss darauf zu nehmen, was gelehrt wird. Damit bestimmt nicht mehr länger die Politik, welche Bereiche der Lehre für die Gesellschaft wichtig sind, sondern nur noch die Macht des Geldes. Unabhängige Bildung und Forschung sind aber notwendige Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie und für individuelle und gesellschaftliche Emanzipation. Ihre Finanzierung ist deshalb weder ein gutmütiges Almosen noch Privatsache, sondern essentielle gesellschaftliche und damit staatliche Aufgabe jeder Demokratie.

620

625

Elitestrukturen überwinden! Wichtige Entscheide gemeinsam treffen!

Eliteclubs wie die Bilderberg-Konferenz und das World Economic Forum (WEF) sind exemplarisch für die Abkapselung der Eliten von der Mehrheit der Menschen. Sie alle vereinen selbsternannte Eliten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, um unter Ausschluss der Öffentlichkeit tätig zu sein. Bei Organisationen wie das WEF ist ihre Exklusivität und die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht besonders problematisch. Der Zutritt zu solchen Clubs erhält nur, wer von den richtigen Kreisen empfohlen wird, sich einkauft oder die Mitgliedschaft über die Familienzugehörigkeit erbt. Dies widerspricht dem Grundgedanken einer Demokratie und ist umso kritischer, weil in diesen Machtzirkeln wichtige Entscheide unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen werden, welche eine Mehrheit der Menschen betreffen.

630

635

Zu einer Demokratie gehört, dass gesellschaftliche Fragen in der Öffentlichkeit diskutiert und die Entscheidungen in den demokratisch gewählten Strukturen getroffen werden. Besitz und Rechte von Bürger- bzw. Bürgergemeinden sollen mittels Fusion vollständig in die jeweiligen politischen Gemeinden überführt werden und der demokratischen Kontrolle der dort lebenden Menschen unterstellt werden.

640

Keine privaten Parallelstrukturen!

Kostspielige Privatschulen, abgeschottete Privatabteilungen in Spitälern oder Sportclubs, zu denen nur Zutritt erhält, wer die richtigen Beziehungen oder Geldsummen vorweisen kann, sind undemokratisch. Sie begünstigen die Abschottung einer Minderheit, während sie den Grossteil der Bevölkerung ausschliessen.

645

650 Statt Privilegien für Einzelne muss die Qualität der öffentlichen Institutionen für alle verbessert werden. Solche private Parallelstrukturen in der Gesellschaft gehören abgeschafft!

Schlusswort

655 Die Demokratie muss radikal werden um eine grundsätzliche und reale Veränderung der existierenden sozialen Verhältnisse zu ermöglichen. Die Ausübung der realen Demokratie zu ermöglichen und ihren Einflussbereich auszuweiten ist per Definition ein sozialistischer Kampf, denn er beginnt bei den existierenden sozialen Strukturen, um sie in der Perspektive einer neuen Gesellschaft schrittweise zu entwickeln.

660 Diese Gesellschaft, wo Ungleichheit und Unterdrückung nicht mehr existieren, wollen wir als SozialistInnen nicht auf einen Schlag erreichen. Wir tun nicht so als hätten wir dazu das Rezept oder die magische Formel. Im Gegenteil, wir glauben fest daran, dass wir sie durch die Befreiung der gesellschaftlichen Kräfte durch die Demokratie hervorbringen werden.